



Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und
nukleare Sicherheit
Finanzausschuss
Sprecher für den Atomausstieg der
Fraktion DIE LINKE.

Pressemitteilung

Berlin, 10.04.2019
Bezug:
Anlagen:

Hubertus Zdebel, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.806
Telefon: +49 30 227-74332
Fax: +49 30 227-76332
hubertus.zdebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro Münster:

Achtermannstr. 19
48143 Münster
Telefon: +49 251 4909246
Fax: +49 251 4909352

Bürgerbüro Mülheim:

Dickswall 14
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: +49 208 30594510
Fax: +49 208 30594512

Forderungen von ‚Fridays for Future‘ machen das Versagen der Bundesregierung deutlich

Am Montag hat die Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ erstmals einen an Bund, Länder und Kommunen adressierten Forderungskatalog veröffentlicht. Der Umweltpolitiker Hubertus Zdebel, Bundestagsabgeordneter der LINKEN aus NRW, unterstützt den Appell der Jugendlichen:

„Die Forderungen von ‚Fridays for Future‘ sind ambitioniert und gerade deswegen genau richtig. Der Klimawandel lässt sich nämlich nicht mal eben im Vorbeigehen stoppen, sondern erfordert enorme Anstrengungen, die jetzt angegangen werden müssen. Die Bundesregierung versagt vor dieser Herausforderung total. Sie verfehlt ein selbst gestecktes Klimaziel nach dem anderen. Union und SPD sollten sich gut überlegen, ob sie die Forderungen von ‚Fridays for Future‘ als übertrieben oder gar utopisch abtun wollen. Der Forderungskatalog wird dem 1,5°-Ziel von Paris nämlich gerecht, das Handeln der Bundesregierung definitiv nicht. Hervorzuheben ist insbesondere die Dringlichkeit eines Kohleausstiegs bis spätestens 2030.

Es ist klasse, wie deutlich die jungen Klimastreikenden den sozialen Aspekt des Klimaschutzes betonen. Sie haben begriffen, dass die ökologische Frage untrennbar von der sozialen Frage ist. Das bisherige kapitalistische Wirtschaftsmodell hat ausgedient und verliert mehr und mehr an Zustimmung. Ebenso klasse finde ich, dass ‚Fridays for Future‘ der Atomlobby eine klare Absage erteilt, die allen Ernstes Atomkraft immer wieder als klimafreundliche Alternative ins Spiel zu bringen versucht.



Da in den letzten Tagen viel über Enteignungen debattiert wurde, wäre diese Diskussion auch und insbesondere in Bezug auf die großen Energiekonzerne RWE und Co. auszuweiten.

Eine sozial-ökologische Transformation, wie ‚Fridays for Future‘ sie vollkommen zu Recht fordert, ist weder mit der aktuellen Bundesregierung noch mit den profitorientierten Kohle- und Gaskonzernen zu machen.“